Einzelpreis 50 Pfg. 5. Jahrg. Dienstag, den 11. April 1922 Nummer 172 Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat April 35,— M., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 32,— M. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 69,— M., für das übrige Ausland 87,— M.

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 12,— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M. einschließlich Inseratensteuer. laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 8,— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Rededuell Barthou—Tschitscherin

Der Schluß der Eröffnungssitzung

(Sonderbericht des Intel.)

Genua, 11. April.

Der Zusammenstoß zwischen Tschitscherin und Barthou am gestrigen Eröffnungstage der Konferenz hatte mit einem Schlage den gewaltigen Gegensatz erhellt, der zwischen den einzelnen auf der Konferenz vertretenen Ländern besteht und schon ihre Ansichten über die Aufgaben der Tagung weit voneinander abweichen läßt. Das „Programmäßige" der Eröffnungssitzung war durch die Rede Tschitscherins und die Antwort Barthous durchbrochen. Die Stimmung im ganzen Konferenzsaal war aufs äußerste gespannt, als Barthou und Tschitscherin gesprochen hatten.

Lloyd George erbat sich überraschenderweise noch einmal das Wort, als Tschitscherin geendet hatte. Seine mit viel Humor gewürzte Rede schuf vom ersten Augenblick an eine gemäßigtere Stimmung und bewirkte, daß die Eröffnungssitzung doch noch einen glatten Verlauf nahm.

Lloyd George führte aus, die von Tschitscherin gemachten Vorschläge seien vielleicht nützlich, zugleich aber etwas gefährlich. Es sei möglich, daß die Konferenz das schwere Problem der Abrüstung vielleicht nicht werde lösen können, und das würde dann nichts anderes als ihren Bankerott bedeuten. Man dürfe eben nicht alles auf eine Karte setzen. Die Konferenz sei einem Schiffe vergleichbar, das mit verschiedenen Waren beladen sei, so daß die Arbeit des Ausladens nacheinander verrichtet werden müsse. Man solle die Diskussion über diese schwierigen Fragen zunächst beiseite lassen und sich erst mit den wirtschaftlichen Fragen befassen, die den eigentlichen Zweck der Konferenz darstellen. Vielleicht würde später Amerika kommen und dann könne man mehr sprechen. Seit dem Kriege, führte Lloyd George weiter aus, sind drei Jahre verflossen, in denen wir viele Konferenzen veranstaltet hatten. Bisher war es nicht möglich, Rußland zu einer dieser Konferenzen heranzuziehen. Um so befriedigter sind wir jetzt, daß wir Rußland nach Genua einladen konnten. Lloyd George bat Tschitscherin inständigst, er möge die Fahrt des Konferenzschiffes nicht durch die Belastung mit neuen Fragen und Problemen erschweren. Die Beschlüsse von Cannes seien so klar wie nur möglich, und man solle es aufgeben, nach Widersprüchen in ihnen zu suchen. Gehen Sie, so schloß Lloyd George, zunächst mit Eifer an die wirtschaftliche Hauptaufgabe der Konferenz heran, und dann vorwärts!

Als sich jetzt Tschitscherin zum Wort meldet, um hierzu eine Erklärung abzugeben, bedeutet ihm Facta als Vorsitzender der Konferenz, daß es unzulässig sei, über Fragen zu diskutieren, die nicht auf der Tagesordnung der Konferenz stehen. Tschitscherin erklärte nun, daß die russische Delegation mit der Tagesordnung der Konferenz einverstanden sei. Auch als Barthou noch einmal das Wort ergreift und auf die Resolution von Cannes zu sprechen kommt, unterbricht ihn der Vorsitzende mit der Erklärung, er könne Barthou nicht das Wort zu einer Frage geben, zu der es Tschitscherin verweigert wurde.

Zum Schluß der Eröffnungssitzung gelangten die vorher vereinbarten und den Delegationen schriftlich vorliegenden Beschlüsse über die Bildung der vier Hauptkommissionen ohne Widerspruch zur Annahme. Die erste Hauptkommission soll schon am heutigen Dienstag zusammentreten. Hierauf erklärte Facta die Eröffnungssitzung für geschlossen.

Was Lloyd George sagte

Genua, 10. April.

Lloyd George sagte in seiner Rede u. a.: Die Ergebnisse dieser Versammlung werden in gutem oder in bösem Sinne eine ungeheure Wirkung auf das Schicksal nicht nur Europas, sondern der ganzen Welt haben. Wir treffen hier zusammen auf dem Fuße völliger Gleichheit. Aber indem wir das tun, müssen wir die Gültigkeit der Bedingungen anerkennen, die bisher von allen zivilisierten Nationen anerkannt wurden. Die erste ist, daß, wenn ein Land Verpflichtungen gegenüber einem anderen Lande oder dessen Staatsangehörigen übernimmt, es seine Verpflichtungen nicht verleugnen darf wegen einer Aenderung des Regimes. Die zweite ist, daß es keinen Krieg gegen die Einrichtungen eines anderen Landes führen darf. Die dritte ist, daß keine Nation einen Angriffskrieg gegen das Gebiet einer anderen unternehmen darf, die vierte, daß die Staatsangehörigen jedes Landes das Recht haben, unparteiische Rechtsprechung vor fremden Gerichtshöfen zu finden. Diese Bedingungen sind in Cannes festgesetzt worden und bilden die Grundlage der Genueser Konferenz. Die Tatsache, daß die Einladungen angenommen wurden, bedeutet an sich, daß auch die Bedingungen angenommen worden sind.

Hierauf kam Lloyd George ausführlich auf die zerstörenden Wirkungen des Weltkrieges zu sprechen und betonte, daß dort, wo die Wirtschaftstätigkeit lebhafter gesteigert sei, sie einen ungesunden Charakter habe, und daß der normale Handel überall darniederliege. Lloyd George fuhr fort: **Das erste Bedürfnis Europas ist Friede, ein wirklicher Friede.** Das Studium der wirtschaftlichen, finanziellen usw. Fragen ist gut, aber nur, wenn Friede hergestellt ist und guter Wille zwischen Nationen herrscht. Sonst führen alle Besprechungen zu nichts. Wohl ist es wahr, daß tatsächlich der Kampf eingestellt ist. **Man hört aber immer noch die Meute heulen.** In allen Ländern ohne Ausnahme gibt es Hunde, viele Hunde, die glauben, je stärker und länger sie bellen, um so schrecklicher und entschlossener würde dies wirken. Europa ist durch diesen Lärm betäubt. Dies ist betrübend und zerstört die Grundlagen des Vertrauens. Es peinigt die Nerven der ganzen Welt, die schon so viel zu ertragen hatten.

Europa braucht Ruhe und Frieden. Versuchen wir, das Gute zu schaffen, anstatt es zu bekämpfen. Die öffentliche Meinung der Länder bildet schon ein ausreichendes Hemmnis. Meinungsverschiedenheiten lassen sich nicht abschaffen, aber die öffentliche Meinung könnte geleitet und gelenkt werden. Man könnte ein Appell an ihr Gewissen richten. Ich bin überzeugt, wenn in jedem Lande die Staatsmänner einen Aufruf an die Wähler und an das Gemüt richten würden, so würde die öffentliche Meinung aller Länder sich besser leiten lassen. Man könnte sie belehren, daß das Unglück des Einen noch nicht notwendigerweise das Glück des Anderen zu sein braucht. **Die Welt bildet eine Einheit in wirtschaftlicher Beziehung,** hier zerfällt sie nicht in zwei Halbkugeln. Und aus diesem Grunde möchte ich bedauern, daß die große Republik des Westens, Amerika, hier nicht vertreten ist. **Wenn wir aber auf der Konferenz einen normalen Stand der Dinge herstellen können, so bin ich überzeugt,** wird Amerika sich uns anschließen und wird das sogar mit Freude tun. Lloyd George schloß: **Wenn wir scheitern, so wird ein Gefühl der Verzweiflung durch die ganze Welt gehen, wenn wir dagegen Erfolg haben, so wird ein Strahl der Hoffnung und des Vertrauens die Schatten aufhellen, die noch den Geist der Menschheit umgeben.**

Die deutsche Antwort „unannehmbar"?

(EE.) Paris, 11. April 1922.

Dem „Petit Parisien" zufolge faßte die Reparationskommission, die gestern zu einer offiziösen Besprechung wegen der deutschen Antwortnote zusammentrat, keinerlei feste Beschlüsse, aber es wurde einstimmig der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die deutsche Antwort „unannehmbar" sei. Der Präsident der Reparationskommission, Louis Dubois, hatte am Abend in Gegenwart des Finanzministers Delacheyre eine Besprechung mit Poincaré, in deren Verlauf, dem „Matin" zufolge, festgestellt wurde, daß die Reparationskommission alle Strafmaßnahmen zu bestimmen habe, die notwendig sein werden. Da Deutschland sich weigere, die Bedingungen anzunehmen, an deren Erfüllung die Gewährung des Moratoriums geknüpft war, seien die Londoner Zahlungsbedingungen als wieder in Kraft getreten zu betrachten.

Was Bulgarien zahlen soll

Intel. Sofia, 11. April 1922.

Die hiesige Reparationskommission verlangt von Bulgarien zunächst als Reparationsforderung 2½ Milliarden Goldlewa. Für die dreijährige Stundung dieser Summe muß sich Bulgarien verpflichten, die Kontrolle über seine gesamte Finanzpolitik und sein Geldwesen einem Komitee zu übertragen, das in seiner Mehrheit aus von den Alliierten ernannten Kommissären bestehen soll. Dieses Kontrollkomitee wird über alle Einnahmen aus Monopolen, Steuern usw., den Ertrag der Bergwerke, auch der privaten, besonders aber der ergiebigen Kohlenmine von Pernik, der größten der Balkanhalbinsel, und über den größten Teil der Einnahmen aus der Einkommensteuer verfügen können. U. a. behält Bulgarien nur noch das Recht, selbständig Handelsverträge abzuschließen. Diese Bedingungen müssen bis zum 30. April angenommen sein.

Amerikas Forderungen anerkannt

England und Belgien richteten an die amerikanische Regierung in Beantwortung der Note wegen Rückerstattung der Besatzungskosten zwei Noten, worin beide anerkennen, daß Amerika zu seinen Forderungen berechtigt sei. Die englische Regierung fügte hinzu, daß sie in ständiger Verbindung mit Frankreich und Belgien stehe und hoffe, daß der amerikanischen Forderung in kürzester Zeit Rechnung getragen werden könne.

Konferenz der internationalen Genossenschaften. Montag morgen begann die erste Sitzung des Zentralkomitees des internationalen Genossenschaftsverbandes im Mailänder Stadthause. Die Konferenz wurde mit einer Begrüßungsansprache des Bürgermeisters von Mailand eröffnet, der auf die Wichtigkeit der internationalen Genossenschaftsbewegung hinwies.

Die finanzielle Bevormundung Deutschlands

Die Note der Reparationskommission zerfällt nicht nur äußerlich in zwei Teile: die Zahlungsverpflichtungen für das Jahr 1922 und das Diktat über die inneren Finanzmaßnahmen nebst der Androhung von Kontrollmaßnahmen, die die Souveränität des Reiches in Frage stellen, sondern sie ist auch von zwei einander widerstreitenden Tendenzen beherrscht.

Wenn wir den wirtschaftlichen Inhalt, die Festlegung der Verpflichtungen für das Jahr 1922, betrachten, so sind diese zweifellos erheblich geringer, als sie nach dem Londoner Ultimatum, in der vergifteten Atmosphäre politischer Spannungen im Tone des Befehls verlangt wurden. Diese Milderung der Forderungen, wenngleich zunächst bloß für das laufende Jahr, ist ein Erfolg der Erfüllungspolitik. Die Wirkungen einer rücksichtslosen Devisenbeschaffung zeigten sich nicht nur durch Schleuderexporte auf den Märkten der alliierten Staaten, sondern auch in dem Sturz der deutschen Mark, der den Dollarkurs bis auf 300 bis 320 hinauftrieb. Damals zeigte sich sinnfällig auch dem chauvinistischen Auge in Frankreich, daß die Gesetze der Oekonomie und des Weltmarktes allzu große und heftige Wertebewegungen nicht vertragen und daß diese auch den Empfangenden schädigen. Es zeigte sich, daß die internationale Solidarität der Nationen eine sehr real wirkende Tatsache sei. Diese Erfahrung hat sich auch die Reparationskommission zu eigen gemacht, sie hat die Minderung der Reparationsleistungen akzeptiert. Aber andererseits hat sie den radikal-nationalistischen Strömungen in Frankreich nachgegeben, Forderungen gestellt, die im Effekt, wie sich sofort zeigte, dieselben und noch schlimmere Wirkungen haben als eine Forcierung der Reparationsleistungen.

Wiewohl es schwer ist, diese Forderungen mit objektiver Ruhe zu betrachten, so sei es doch versucht, um zu prüfen, welche Wirkungen von ihnen ausgehen werden. Dabei sei versuchsweise angenommen, daß der von der Reparationskommission gewiesene Weg beschritten wird, ohne daß (was heute sehr wohl möglich erscheint) eine nationale Revolution, sich der nur zu reichlich vorhandenen sozialen Sprengkräfte bedienend, jede geordnete Politik überhaupt über den Haufen wirft.

1. Es soll durch neue Steuern ein Mehrertrag von 60 Milliarden Papiermark im Budgetjahr 1922/23 geschaffen werden. Man muß zwar betonen, daß die deutsche Steuergesetzgebung sich nicht rechtzeitig genug auf das Problem der Reparation eingestellt hat. Auch ist die Zweckmäßigkeit der Zwangsanleihe des „Steuerkompromisses" zu bezweifeln. Wahrscheinlich hätte eine rechtzeitige und ausreichende Erfassung der Sachwerte eine Grundlage für einen beträchtlichen Teil der Zahlungen des laufenden Jahres ergeben und so vielleicht das neuerliche Diktat erspart. Aber es ist nicht zu übersehen, daß vom Auslande erzwungene Maßnahmen nie denselben Effekt haben, wie freiwillige, zumal doch auch für das Steuerzahlen der Wille der Steuerzahler eine Voraussetzung des Erfolgs ist. Und so sehr fehlen in diesem Diktat alle Gesichtspunkte der Vernunft, daß plötzlich alle bisherigen Erörterungen völlig in den Hintergrund gedrängt werden. Nun ist keine Rede mehr von der Anleihe, die aufgelegt werden soll; jetzt soll auf einmal fast der ganze Gegenwert der Reparationen außer der Zwangsanleihe durch Steuern aufgebracht werden — Steuern, deren Form zwar anheimgegeben wird, die jedoch offenbar ausreichen sollen, um die für Reparationen benötigten Devisen in die Hand der deutschen Regierung zu geben. Und wodurch soll das nun geschehen? Durch neue Steuern im Betrage von 60 Milliarden Papiermark; die Reparationskommission rechnet also, als ob die Papiermark heute schon eine stabile Größe wäre, und sieht nicht, daß schon jetzt die 60 Milliarden Papiermark infolge ihres Diktats in ihrem Wert, ihre Kaufkraft, jäh zusammenschrumpfen. Deshalb empfiehlt sie auch, daß die Steuern automatisch gestaltet würden, steigend im Ertrag mit sinkendem Geldwert, als ob sich nicht schon heute die meisten Steuern (von den Besitzsteuern abgesehen) in ihrem Nominalertrag mit dem Geldwert ändern, wie z. B. die Einkommensteuer, die Umsatzsteuer und die Zollerträge (Goldmarkzuschläge!) Wäre das nicht der Fall, so könnte doch auch der innere Etat gar nicht ohne ständige Aenderung der Steuern balanciert werden. So weiß auch das Diktat keinen neuen Weg anzugeben, und es gibt ja auch — was ja schon unzählige Male nachgewiesen wurde, keine andere

Möglichkeit als Steigerung der Produktion für den Export und Abstoßung von Kapitalsubstanz nach dem Ausland. Ersteres kann durch Einschränkung des Verbrauchs, als Folge der Steuerlast oder durch Mehrerzeugung geschehen — in beiden Fällen wird der Auslandsmarkt noch mehr mit deutschen Waren überschwemmt als bisher. Letzteres kann durch Kapitalexport erfolgen, und eine Erfassung der Sachwerte hätte hierzu führen können. So ergibt sich als einzige Konsequenz dieser Drohungen, ob man etwa diesem Gedanken noch näher treten sollte. Soweit als Finanzmaßnahme noch Erfassung geflüchteten Kapitals in Frage kommt, wäre dagegen gewiß am wenigsten einzuwenden. Es wäre aber Sache der Entente, die solchen Eingriffen entgegenstehenden Hindernisse der ausländischen Gesetzgebung aus dem Wege zu räumen.

2. Die Finanzkontrolle wird offenbar in größtem Umfang geplant. Aber was soll sie? Sie wird zu den Kosten der militärischen Besetzung noch enorme Aufwendungen bringen. Aber was kann sie leisten? Offenbar ist in erster Linie an Kontrolle des Budgets gedacht. Wie aber soll das geschehen? Kann die Finanzkontrolle verhindern, daß infolge der Reparationslast die Inflation steigt, die Preise hinaufschnellen und daher die Ausgaben der Staatsverwaltung steigen, kann sie verhindern, daß die Ausgaben für Kohle, für Sachgüter aller Art, für Beamtenbesoldung, Löhne, für die Reichswehr, Polizei, Schulen, öffentliche Wege, kurz für den ganzen komplizierten Apparat eines modernen Staates wachsen? Offenbar glaubt die Reparationskommission, man könne in Deutschland wie in einem feudalen Agrarstaat die Kontribution erhöhen, die Staatsausgaben drosseln, und „irgendwie" geht das Wirtschaftsleben weiter. Aber eine rücksichtslose Drosselung der Ausgaben bringt sofort das Wirtschaftsleben eines hochentwickelten Industriestaates in heillose Verwirrung, und die Staatsverwaltung, auf deren Funktionieren letzten Endes die Leistungen beruhen, so gut wie auch die Privatwirtschaft gehen sofort in die Brüche, wenn dieser ganze verwickelte Apparat mit roher Hand gestört wird. Oder denkt man an den „Abbau der Beamten"? Auch wenn er in gewissem Grade möglich wäre, so erfordert er Zeit und sorgfältige und feinfühlige Behandlung, gar nicht davon zu reden, daß auch die „abgebauten" Beamten untergebracht und jedenfalls auf Grund ihrer Anstellung weiter bezahlt werden müssen. So sieht man in all diesen Drohungen nur den Wunsch nach Gewalt, weil sich die utopischen Vorstellungen der Reparationsphantasten in Frankreich nicht erfüllen konnten.

Was die Folge dieser Ultimaten sein wird, läßt sich heute noch nicht ermessen. Nur so viel ist sicher, daß es jetzt die Position aller rechtsgerichteten Kreise in Deutschland sehr gestärkt hat, und daß wir wieder einmal vor einer kritischen Entscheidungsstunde stehen, in der es nicht nur um Deutschlands, sondern auch Frankreichs Zukunft geht.

Der Arbeitskampf in England

Die Verhandlungen mit den 47 Verbänden

London, 11. April.

Die gestern zwischen den 47 Verbänden gepflogenen Verhandlungen des Metallarbeiterverbandes mit den Vertretern der Unternehmer haben wenig befriedigende Ergebnisse erzielt. Die Diskussion drehte sich im allgemeinen um die Einzelheiten der Anwendung der von den Unternehmern gestellten Forderungen. Am Ende dieser Woche werden sich besonders große Schwierigkeiten ergeben, da dann die Lohnfrage erörtert werden soll.

Auch zwischen den Schiffswerftarbeitern und den Vertretern der Schiffswerftunternehmer werden die Verhandlungen fortgesetzt, bisher allerdings ergebnislos. Die ausgesperrten Arbeiter sind nicht gewillt, sich dem Diktat der Unternehmer zu unterwerfen. Günstig erscheint für die von der Aussperrung Betroffenen der Umstand, daß im Lager der Unternehmer keine Einheitlichkeit vorherrscht. So haben sich namhafte Firmen von Leeds bereiterklärt, ihre Arbeiter wieder einzustellen, wenn diese aus dem Arbeiterverbande ausscheiden. Dieses Ansinnen wurde von den Arbeitern jedoch abgelehnt.

Telegraphenstreik in England

(Intel.) **London, 11. April.**

In Liverpool ist ein Streik der Operateure der Telegraphenstationen ausgebrochen, die sich an Bord der Ozeandampfer befinden. 30 Ueberseedampfer mußten bereits ohne Operateure in See gehen.

Die Wahlen in Salzburg

Großer sozialdemokratischer Erfolg

Salzburg, 11. April 1922.

Die Wahlen im Lande Salzburg haben der Sozialdemokratie einen großen Erfolg gebracht: Sie kann die höchste jemals erreichte Stimmenzahl aufweisen und hat 30 Prozent Stimmenzuwachs erfahren. Noch deutlicher ist der Erfolg der Sozialdemokraten bei der Gemeindewahl im Lande Salzburg zu verzeichnen. Während sie früher nur 4 Bürgermeisterstitze innehatten, zählen sie jetzt deren 13. Bei den Wahlen zum Nationalrat 1920 hatten die Sozialdemokraten 25 448 Stimmen erhalten, bei den gegenwärtigen Wahlen aber 33 082 Stimmen erreicht. Die Großdeutschen verloren an Stimmen und erhielten statt der 21 585 Stimmen, die sie bei den Wahlen zum Nationalrat erhielten, nur 8 818 Stimmen. Die Christlichsozialen und die mit ihnen verbündeten Deutschnationalen konnten einen Zuwachs von 6 217 Stimmen verzeichnen.

Der 20. April

Kundgebungen der österreichischen Sozialdemokratie

Wien, 11. April.

Der Parteivorstand der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie veröffentlicht in der „Arbeiterzeitung" einen Aufruf, am 20. April nach Arbeitsschluß große Kundgebungen zu veranstalten, die dem Protest gegen die Sabotage der Konferenz von Genua durch die imperialistischen Staaten gewidmet sein sollen. Dem Kongreß der Kapitalisten müsse der einheitliche Wille des klassenbewußten Proletariats gegenübergestellt werden. Die Losung ist: Gegen die kapitalistischen Anschläge, für den Achtstundentag, gegen die lohndrückende Reparationspolitik, für die sozialistische Offensive, für die russische Revolution, für das hungernde Rußland, für die Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen aller Staaten mit Sowjetrußland, Herstellung der proletarischen Einheitsfront.

Das Explosionsunglück in Gleiwitz

Paris, 10. April.

Wie General Le Rond in seinem von der Agence Havas veröffentlichten Bericht über das Explosionsunglück in Gleiwitz u. a. mitteilt, ist eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet und der Direktor der Eisenhütte verhaftet worden.

Ueber die Zahl der Opfer heißt es in dem Bericht des Generals Le Rond, daß bisher sieben Leichen von Soldaten aus den Trümmern der Kapelle gezogen und identifiziert wurden. Drei Soldaten und ein Inspektor der Sicherheitspolizei seien verschwunden und befänden sich wahrscheinlich noch unter den Trümmern. Die Zahl der Verletzten beträgt nach dem Bericht zehn, davon zwei Schwerverletzte.

Das deutsche Eigentum in Amerika

(EE.) **Washington, 11. April.**

Thomas Miller, der Sequester des in Amerika beschlagnahmten deutschen Eigentums, erstattete dem Senat einen Bericht, der besagt, daß dies Eigentum 350 Millionen Dollars Wert habe. Dem ständen 415 Millionen Dollar Ansprüche amerikanischer Staatsbürger an Deutschland gegenüber. Miller empfiehlt, einen Plan auszuarbeiten, wonach das deutsche Eigentum den amerikanischen Bewerbern zugesprochen werden soll. Ein eigener Schiedsgerichtshof soll zu diesem Zwecke geschaffen werden.

Wie sich Lenin die Einheitsfront vorstellt

Von L. Martow.

In der Sonntagausgabe der „Roten Fahne" finden wir den Wortlaut der letzten Rede, die Lenin auf dem Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands gehalten hat. Es wird in dieser langen Rede viel über den berühmten „Rückzug" gesprochen, den Lenin auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik durchführt und der die Kommunisten auf internationalem Gebiete zu der Idee der Einheitsfront mit den Sozialisten geführt hat.

Nachdem Lenin kategorisch erklärt, daß der „Rückzug" von nun ab eingestellt werden würde, wendet er sich gegen jene Personen, die angesichts der bisherigen Erfahrungen derartigen Erklärungen mit einem gewissen Skeptizismus gegenüberstehen. Dann fährt Lenin schweres Geschütz auf:

„Wenn Leute, mögen sie auch von den besten Motiven geleitet sein, die Panik in dem Augenblick hineintragen, wo wir den unerhört schweren Rückzug durchführen, wo alles an der Erhaltung der guten Ordnung liegt, so ist es in diesem Augenblick notwendig, den geringsten Disziplinbruch streng grausam, erbarmungslos zu bestrafen. Dies gilt nicht nur für einige unserer internen Parteiangelegenheiten, sondern noch mehr für solche Herrschaften, wie die Menschewiki, bezw. alle Herrschaften aus der Internationale 2½."

Diese Drohungen mit „strengen, grausamen, erbarmungslosen" Strafen gegen die Mitglieder der Wiener Internationale werden vom Zentralorgan der Deutschen Kommunistischen Partei ohne ein Wort der Kritik gegenüber dieser unerhörten Provokation wiedergegeben. Weiter erklärt Lenin, warum gerade gegen die Wiener Internationale die Anwendung terroristischer Methoden notwendig sei:

„Vor einigen Tagen las ich in Nr. 20 der „Kommunistischen Internationale" den Artikel des Genossen Rakosi über das neue Buch von Otto Bauer, von dem wir alle einst gelernt haben, der aber nach dem Kriege, wie auch Kautsky, ein erbärmlicher Kleinbürger geworden ist und jetzt schreibt: Jetzt ziehen sie sich in der Richtung zum Kapitalismus zurück; wir haben stets gesagt, daß die Revolution in Rußland nur eine bürgerliche Revolution ist.

Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre, die alle solche Sachen propagieren, wundern sich, daß wir sagen, daß wir wegen solcher Dinge die Schuldigen erschießen werden."

Also Erschießung für jeden, der es auszusprechen wagt, daß der russische Kommunismus sich durch Konzessionen, Verpachtung der Fabriken, Errichtung der Banken, Verkündung des freien Handels usw. in den Kapitalismus verwandelt! Daß Lenin diese Drohungen ernst nimmt, ergibt sich aus den folgenden Sätzen:

„Wenn die Menschewiki jetzt sagen: Ihr zieht euch jetzt zurück, ich aber war stets für den Rückzug, ich bin mit euch einverstanden, ich bin euer Mann, wollen wir uns zusammen zurückziehen, so sagen wir ihm: Unsere revolutionären Gerichte sollen für dieses öffentliche Beweisen des Menschewismus erschießen; widrigenfalls sind das nicht unsere Gerichte, sondern Gott weiß was."

Karl Radek hat zwar auf der Berliner Konferenz versichert, daß die Moskauer Gerichte etwas anderes darstellen, als eine Maschine zur Erschießung wegen „öffentlichen Beweisens des Menschewismus". Wird nun vielleicht Karl Radek den Mut finden, gegen dieses Auftreten seines Herrn in der deutschen Presse Stellung zu nehmen? Oder tut das lieber die Genossin Klara Zetkin?

Im übrigen bezeugen diese Tiraden Lenins, daß der Mann wirklich sehr leidend sein muß und daß seine Wutanfälle für seine Mitmenschen gefährlich werden können. Der Kommunistischen Partei Rußlands sei hiermit der Ausdruck unseres tiefen Mitgefühls übermittelt.

Der Film am Dienstag

Filmschau

Man sollte glauben, daß selbst die Gegner der russischen Revolution einen gewissen Respekt, eine gewisse Ehrfurcht vor der gewaltigen Tragödie bezeugen würden, die sich nun in Rußland vor unseren Augen schon seit Jahren abspielt. Man sollte glauben, daß selbst die Kinoleute, deren geistige und seelische Bildung ja allerdings nicht gerade groß zu sein pflegt, doch auch nur mit einem gewissen Respekt, mit einer gewissen Zurückhaltung daran gehen würden, die russische Revolution oder Episoden aus ihr zu verfilmen. — Aber man irrt sich. Der erste Film, der sich mit der russischen Revolution befaßt, zeigt keine Spur von Ehrfurcht, nicht einmal ein bischen Objektivität. „Der Todesreigen" heißt er, wurde in der „Alhambra" vorgeführt und ist nichts als eine wüste, sinnlose Hetze gegen die Revolution. Alle Adligen in diesem Film sind reizende, edle, anständige Menschen und alle Revolutionäre sind Verbrecher, Säufer oder bestenfalls irrsinnige Fanatiker. Von den Ursachen der Revolution erfährt man nichts, nichts von der Grausamkeit des Krieges, nichts von der Brutalität der Zarenherrschaft. Der Film zeigt nichts von diesen Ursachen der Revolution. Da sieht die Sache vielmehr so aus: Der Reitknecht Lebedew liebt seine Herrin, sie heiratet einen anderen, der Reitknecht Lebedow ist sehr böse darüber — und so entsteht die russische Revolution.

Und dann kommt eine Reihe von Greuelszenen, die alle beweisen sollen, wie herrlich edel und gut russische Aristokraten und wie gemein und grausam die Revolutionäre sind. Wie jede Hetze ist auch diese dumm, verlogen und unverschämt. Und auf dem gleichen Niveau wie die Gesinnung steht die künstlerische Leistung dieses Films. Auch die Regie ist dumm und verlogen. Die Volksszenen sind unglaublich steif und langweilig, und die Einzelszenen, besonders die traglichen, sind von einer unerträglichen Sentimentalität. Alles — von der Handlung selbst bis zur letzten, unbedeutendsten Geste des letzten, unbedeutendsten Schauspielers übertrieben und dadurch erlogen und unwahr.

Olga Tschechowa sieht hübsch und Lilly Eisenlohr sieht sehr eindrucksvoll und seltsam charakteristisch aus. Das ist das einzige, aber wirklich das einzig Anerkennenswerte in diesem ganzen Film. Alles andere ist übelster, allerübelster Schund.

Ich dachte, einen schlechteren Film als den Todesreigen würde ich sobald nicht zu sehen bekommen. Aber man unterschätzt die Fähigkeiten der deutschen Filmindustrie immer wieder. Der Film, den die Terra-Gesellschaft aus „Hanneles Himmelfahrt" zusammengebraut hat, der ist tatsächlich noch schlechter.

Nur jemand, der nicht den geringsten Sinn für die ganz unwirklichen, nicht greifbaren Schönheiten einer Dichtung hat, konnte auf den blödsinnigen Einfall kommen, solch eine Traum- und Märchendichtung zu verfilmen. Man kann keine Dichtungen, man kann nur Tatsachen verfilmen. Hanneles Himmelfahrt verfilmen wollen, das heißt soviel als wollte man die „Sixtinische Madonna", Goethes „Mignon" und Beethovens „Neunte Symphonie" verfilmen.

Das mußte furchtbar werden und ist noch furchtbarer geworden. Urban Gad (so heißt der Regisseur dieses Verbrechens) sagt in einem säuberlich gedruckten Vorwort: „Mein Ziel mußte daher sein, die Handlung zu verinnerlichen." Diese Verinnerlichung sieht so aus: Hannele ist nicht etwa, wie bei Hauptmann, ein armes kleines Mädchen, das von ihrem Vater grausam mißhandelt, stirbt und sterbend sich seinen Kinder-Himmel erträumt. Hannele ist vielmehr das uneheliche Kind des Herrn Amtsvorstehers und der Tochter des wegen Einbruchdiebstahls flüchtigen Bauunternehmers Heiler. Nicht eine Traum- und Sterbe-Legende ist „Hanneles Himmelfahrt". I bewahre! Wir haben uns alle geirrt! Eine Kriminalgeschichte ist es!

Das macht der Film aus einer Dichtung!

Und dieser Film ist dazu noch besonders scheußlich. Alles in ihm ist aus Pappe und Zement. Nicht eine Landschaft! Nicht eine Naturaufnahme! Alles künstlich verstaubt und falsch.

Zum Schluß exerzieren vier oder fünf Dutzend Engel im Filmatelier herum; sie haben richtige Enten- und Gänseflügel und die Glocken läuten und die Lilien (aus Papier!) blühen. Und alle alten Weiber werden sagen: „Huch nein! wat en scheenet Begräbnis! Wie ne herrschaftliche Hochzeit!"

Alle alten Weiber beiderlei Geschlechts werden begeistert sein. Da ich aber, Gott sei Dank, noch nicht so weit bin, muß ich ehrlich sagen: dies ist der verlogenste, sentimentalste und kitschigste Film, den ich in dieser Saison gesehen habe. Und das will, weiß Gott, was heißen!

Gerhart Hauptmann soll sich schämen, daß er um des Geldes willen seine schöne Dichtung zu solchem Schund mißbrauchen läßt!

Dichtungen zu verfilmen ist unmöglich. Aber philosophische Systeme und Theorien zu verfilmen, das scheint noch unmöglicher zu sein. Der „Einstein-Film" will in die „Grundlagen der Einsteinschen Relativitätstheorie" einführen. Mich hat er nicht eingeführt. Ich habe nur soviel begriffen, daß alle Erkenntnis und alles Wissen nur relativ „wahr" und „richtig" ist, und daß der Mensch sich nicht auf seine Augen und Ohren und also auch nicht auf seine geliebte und gepriesene „Erfahrung" verlassen kann. — Das wußte ich aber schon vorher. Und mehr ist durch diesen Film nicht hinzugekommen.

Hans Siemsen.

*

Je anspruchsvoller ein Film auftritt, um so schärfer muß sich die Kritik auf ihn einstellen. Da ist ein Werk, das seine Bühnenwirksamkeit schon längst und oft erprobt hatte: der „Strom" von Max Halbe. Wenn so etwas von Jung! und Urgiß für die Leinwand bearbeitet, mit Winterstein, Tiedtke, Thimig, Gronau, Basch, Rosa Valetti und Grete Freund besetzt wird, und wenn außerdem die Szenenbilder in der ausgezeichneten Photographie Fuglsangs fast als Gemälde wirken — warum sollte man es ablehnen?

Warum? Weil es kein Stoff für den Film ist! Es sieht im Film so aus: Ein Bauer hinterläßt drei Söhne. Der älteste unterschlägt das Testament, das eine gleichmäßige Teilung des Erbes anordnet, und eignet sich alles an. Bald darauf ertrinken seine Kinder „symbolisch" im Strom. Sein Weib sieht darin eine Strafe Gottes, sie wendet sich von ihm ab und seinem jüngeren Bruder zu. Von diesem sagt das Personenverzeichnis aus, er sei „Strombaumeister", und ein Text, er wolle dem Strom einen Damm bauen. Seine wirkliche Leistung besteht aber ausschließlich darin, daß er immer wieder in einem tadellosen Pelz durch Schneefelder wandert und bei jeder Gelegenheit, wo ihn das Weib des Bruders berührt, mit schmachtenden Blicken in den Apparat guckt — also lauter Charaktermerkmale, die geeignet sind, uns mit dieser Hauptgestalt des Films näher bekanntzumachen! Die dritte Hauptgestalt, der jüngste Bruder, gibt im Verlauf des Spiels zu verstehen, daß er das Weib des ältesten ebenfalls liebt. Dann ist noch Rosa Valetti da, das Großmütterchen der drei. Sie ist bereits im Besitz eines Totenhemdchens, folglich bleibt ihr nun nichts mehr übrig, als vier Akte lang vom Fenster aus tiefsinnig den Strom zu betrachten, der mit immer höher anschwellenden Eisblöcken doch wohl einmal die Katastrophe herbeiführen wird. Es ist auch bald soweit, da versucht der jüngste Bruder noch schnell einen Abfluß zu stechen, er wird aber vom ältesten, der ihm in den Arm fällt,

Morgen: Zahlabend in Groß-Berlin

Lohnforderungen und der Manteltarif der städtischen Arbeiter

Seit geraumer Zeit werden bekanntlich die Verhandlungen des Magistrats über die Einführung des auch für andere Großstädte geltenden Reichsmanteltarifvertrages für Kommunalarbeiter geführt, die bisher keine Annäherung der beiden Parteien gebracht haben. Gleichzeitig sind von den städtischen Arbeitern entsprechend der fortschreitenden Teuerung neue Lohnforderungen aufgestellt worden. Der Magistrat hat nun dem Reichsarbeitsminister folgendes Schreiben übersandt, aus dem die finanzielle Lage der Stadt Berlin und der Entschluß des Magistrats klar ersichtlich sind. Infolgedessen hat der Reichsarbeitsminister zum morgigen Mittwoch nachmittag ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Staatssekretärs a. D. v. Moellendorf einberufen, das eine Entscheidung treffen soll. Das Schreiben des Magistrats hat folgenden Wortlaut:

„Wir beantragen, in den laut den Verhandlungsniederschriften vom 31. März 1922 und 7. April 1922 verhandelten und strittig gebliebenen Fragen des ab 1. Juli 1922 in Kraft zu setzenden neuen Manteltarifvertrages für die städtischen Arbeiter möglichst in den ersten Tagen der nächsten Woche ein Schiedsgericht einzusetzen. Zugleich beantragen wir, den Antrag des Lohnkartells der städtischen Arbeiter auf Einsetzung eines Schiedsgerichts über Lohnforderungen der städtischen Arbeiter mit unserem Antrag auf Einsetzung des Schiedsgerichtes über den Manteltarif zu verbinden.

Der Manteltarifvertrag der Arbeiter der Stadt Berlin geht bekanntlich in allen seinen wesentlichen Bestimmungen nicht nur über die Manteltarifverträge des privaten Wirtschaftslebens, sondern auch über den Manteltarifvertrag der Reichs- und Staatsarbeiter, wie vor allem auch über den Reichstarifvertrag für die Gemeindearbeiter erheblich hinaus. Die finanzielle Belastung, die der Stadt Berlin daraus erwächst, ist eine außerordentliche und beträgt mindestens 10 Prozent der Lohnaufwendungen. Unter diesen Umständen würde es der Stadt Berlin und ihren Betrieben außerordentlich schwer fallen, die Löhne der städtischen Arbeiter in vergleichbarer Höhe mit den Löhnen der privaten Unternehmen, wie mit den Löhnen der Reichs- und Staatsarbeiter und der Arbeiter aus andern Kommunen zu halten. Trotzdem ist unter einer nicht mehr möglichen Anspannung der Finanzen der Stadt Berlin bisher der Lohn der städtischen Arbeiter neben dem außerordentlich kostspieligen Manteltarifvertrage noch über den Lohn der Reichs- und Staatsarbeiter wie auch der Gemeindearbeiter anderer vergleichbarer Großstädte teilweise hinausgegangen. Bei der infolge der wachsenden Unterhaltungskosten notwendigen weiteren Lohnerhöhung ist es jedoch unmöglich, neben dem Fortbestehen der Lasten aus dem Manteltarife über den 30. Juni 1922 hinaus überhaupt im Rechnungsjahr 1922 Lohnerhöhungen zu bewilligen. Der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat ebenfalls dem Magistrat als den Willen der Stadtverordnetenversammlung erklärt, keinen neuen Tarifen zuzustimmen, ehe nicht zugleich die Abänderung des Manteltarifvertrages ab 1. Juli 1922 durchgeführt wären.

Wie aus den anliegenden Niederschriften sich ergibt, ist nun der Manteltarif in vollem Umfange verhandelt und in der Mehrheit der Punkte für strittig erklärt worden. Ebenso sind die neuen Lohnforderungen der Arbeiter vom Magistrat abgelehnt. Wir stellen daher den Antrag auf Einsetzung eines Schlichtungsausschusses. Dabei bemerken wir, daß es nach Lage der Dinge für den Magistrat unmöglich ist, der Einsetzung eines Schlichtungsausschusses nur über die Lohnfragen zuzustimmen. Die etwaigen Bedenken der Arbeitnehmer, daß es einem Schlichtungsausschuß an Zeit mangeln werde, bereits in den nächsten Tagen auch über den strittigen Teil des Manteltarifes zu entscheiden, können wir keineswegs teilen. Die Tarifdeputation."

In den Kreisen der städtischen Arbeitnehmer hält man die sich nunmehr ergebende Lage für ernst, da der Magistrat die Bewilligung neuer Löhne von der Annahme des Reichsmanteltarifs abhängig macht, der bisher auf den lebhaftesten Widerstand der städtischen Arbeiter gestoßen ist.

Friedrich Adler über die Berliner Konferenz

Wien, 11. April.

In der gestrigen Sitzung des Wiener Kreisarbeiterrats berichtete Friedrich Adler über die Konferenz der drei Exekutiven zu Berlin und erklärte, es erfülle ihn mit Genugtuung, daß die in dieser Angelegenheit von der Wiener Arbeitsgemeinschaft ausgegangene Initiative Erfolge zeitigte, die die Erwartung übertrafen. Allerdings sei der gemeinsam gefaßte Beschluß, gemeinsame Aktionen zu unternehmen, erst ein bescheidener Anfang, denn das zerrissene Band der Arbeiterbewegung könne nicht nach allen Seiten einfach wiedergeknüpft werden. Das Neunerkomitee werde die Aufgabe haben, einen wirklich internationalen Arbeiterkongreß zu organisieren.

Was die Forderung der 2. Internationale nach Aufgabe der Zellentaktik anbetreffe, so sei hierzu beschlossen worden, das Neunerkomitee möge Verhandlungen zwischen Amsterdam und den drei großen Gewerkschaften einleiten, um eine große Einheitsfront zustande zu bringen. So sei unter vielen Mühen der erste Baustein zur Einheit gelegt.

Im Hinblick auf die bevorstehende Kundgebungen erklärte Friedrich Adler: „Wir wollen bei diesen Demonstrationen kundgeben, daß wir für die Einheitsfront der Arbeiter in jedem Lande, für die Einheitsfront der Internationale eintreten."

Radauantisemiten

Man schreibt uns:

Der deutschnationale Landtagsabgeordnete Voß — von Beruf Gottesknecht Marke Koch — fühlt sich anscheinend als der „Held" des Tages. Dieser Diener am Wort ist mangels anderer parlamentarischer Leistungen stolz darauf, daß es ihm vor einigen Tagen gelungen ist, durch einen rohen, völlig deplazierten Zwischenruf während der geistig auf höchster Warte stehenden Ausführungen des Genossen Dr. Cohn einen spontanen und berechtigten Sturm der Empörung hervorzurufen.

Im Stile und mit der Wahrheitsliebe eines deutschen Kriegsberichterstatters gab Pfarrer Voß im „Deutschen Tageblatt" des Herrn Wulle einen „Schlachtbericht", der lediglich erheiternd wirken würde, wenn er nicht gleichzeitig die abgrundtiefe Gesinnungsroheit einer gewissen Sorte deutschnationaler „Führer" in erschreckendem Maße offenbarte. Schon die Ueberschrift „Radausemiten" ist eine plumpe Fälschung der Tatsachen. Die wenigen jüdischen Abgeordneten, die auf der Linken sitzen, haben sich durchaus reserviert verhalten. Der Genosse Cohn, dessen vornehme Sachlichkeit von allen Parteien mit Ausnahme der Rechtsdemagogen anerkannt wird, hat den ganzen Vorgang völlig ignoriert.

Aber für einen Mann wie Pastor Voß sind selbst reinblütige Arier und Teutonen Juden, wenn sie auf der Linken sitzen. So wird z. B. der Genosse Otto Meier — er würde dies zweifellos nicht als Schande betrachten — schlankweg zum Semiten gestempelt, obwohl er seinen germanischen Stammbaum gleich dem Abg. Karl Martell bis zur Zeit Karls des Großen nachzuweisen in der Lage wäre. Auf die „sportliche" Seite des Voßschen Kriegsberichts wollen wir hier nicht eingehen. In dieser Beziehung ist die USP.-Fraktion in einer so günstigen Lage, daß die vollzählige Anwesenheit der deutschnationalen Helden nicht etwa abschreckend, sondern anfeuernd auf sie wirken würde, so daß bei ähnlichen Fällen diese Vollzähligkeit der Freunde des Herrn Voß dringend erwünscht ist.

Fahrendes Volk in Not

Trotz allen wirtschaftlichen Elends ist die alte Vorliebe des Volkes für die zirzensische Kunst noch nicht erstorben. Man will nicht nur essen und trinken, nicht nur vegetieren, man braucht auch Anregung für Auge, Ohr und Herz, um nicht zu versauern und ewig Trübsal zu blasen. Wenn wir erst auf das letzte bißchen Gelegenheitsfreude verzichten wollen, können wir uns getrost in den Sarg packen. Die „vornehmen", d. h. klotzig teuren Tingeltangel in Berlin-Wild-west, einer auf dem andern sitzend, sind allabendlich überfüllt. Warum sollen da nicht die unteren Volkskreise auch heute noch, für viel weniger Geld, die kleinen Kinos, Singspielhallen und den Zirkus besuchen? Man fühlt hier mit sozialem Einschlag auch geradezu das Bedürfnis, vom modernen Nepp sich fernhaltende, kleine künstlerische Unternehmungen, die unter der Not der Zeit genau so leiden wie wir anderen alle, zu unterstützen.

Besonders schwer ist die Existenzfrage für das fahrende Volk geworden. Es gibt trotz aller Großspurigkeit, die dem „Vornehmen" die Kleidung und die Benehmität nachäfft, auch in der Großstadt noch genug Leute, die sich in einem dürftigen, an einem einzigen F[illegible] aufgebauten Zeltzirkus wohler fühlen und köstlicher amüsieren als in dem feinsten Vergnügungslokal. Hier sieht man auch auf dem billigsten Sandboden-Stehplatz die Artisten aus nächster Nähe und kann mit dem Spaßmacher wunderschönste Zwiesprach halten. Aber die Not, die Not des fahrenden Volkes, sie guckt noch mehr als früher aus allen Ritzen und Löchern. Hier gibt es kein Gesundmachen mit Papiermoneten und Valutarebbach. Hier wird mit stoischer Zähigkeit nur für den knurrenden Magen von Mensch und Tier gekämpft. Im Kriege gingen zahlreiche kleine Wanderzirkusse in die Brüche. Fast alle jüngeren Männer des Artistenvölkchens mußten ins Feld rücken. Viele, die bei ihrer Kunst nicht „auf dem Genick gelandet" wären, landeten im kalkigen Soldatengrab. Der Pferdebestand war dezimiert worden. Die schlechtesten Zirkusgäule hatte der unersättliche Militärmoloch sich nicht ausgesucht, und mit den gütigst zurückgelassenen dürren Kleppern war ebensowenig viel anzufangen, wie mit dem verwaisten weiblichen Zirkusanhang.

Dafür kam der improvisierte Zirkus hinter der Front in den Soldatenlagern in Mode. Die im Soldatenrock steckenden Artisten kamen so nicht ganz aus der Uebung, und auch an „Augusten" als Vorbildern für die großen Kriegsclowns Ludendorff und Konsorten hat es nicht gefehlt. Erst längere Zeit nach dem Kriege hat neben dem Selbsterhaltungstrieb die alte Liebe zu Manege und Stallgeruch den Bestand der Wanderzirkusse wieder aufgefüllt. Auch der in der Ruhezeit tüchtig ausgebildete Nachwuchs zeigt, was er kann, und berauscht sich am Beifall.

Wenn es nur hinter den Zirkuskulissen nicht gar so traurig aussähe! Der Wanderzirkus kennt keinen Tarif. Alles ist in den bunten Wohnwagen eine große Familie, die auf Teilung spielt und an das Leben höchst bescheidene Ansprüche stellt. Die gewaltig gesteigerten Kosten für Platzmiete, Tierfutter, Beleuchtung, Plakatreklame, Reparaturen, Steuern verschlingen ja den weitaus größten Teil der Einnahmen. Und man muß trotz alledem die Eintrittspreise auf mäßiger Höhe halten, wenn nicht das Publikum nach anderen Vergnügungsstätten abwandern soll.

Immerhin — sie schlagen sich wacker durch, die fahrenden Leut' und verschmähen es auch nicht, am Tage andere Arbeiten, die Geld bringen, zu übernehmen. Möge der deutsche Wanderzirkus, der so eng mit der Volksfreude verwachsen ist, noch lange nicht untergehen! Es wäre schade um dieses Opfer unserer wirtschaftlichen Verelendung. E.

Eine eigenartige Bestechungsaffäre, in welcher auch der geheimnisvolle Aktendiebstahl in Sachen Franz eine Rolle spielte, beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Juna die 3. Strafkammer des Landgerichts I. Wegen Bestechung war der frühere Kanzleigehilfe Paul Pfeiffer angeklagt. Gegen den Generaldirektor, Hofrat Dr. H. in Zehlendorf, schwebte ein Strafverfahren, welches inzwischen zur Einstellung gelangt ist. Eines Tages erschien bei Dr. H. ein Mann, der sich als Beamter der Staatsanwaltschaft ausgab und sich bereit erklärte, ihn gegen Zahlung von 100 000 Mark die gerichtlichen Akten zu überbringen. Der Betreffende sprach dabei auch von dem Falle Franz. Dr. H. ging auf dieses Angebot nicht ein, versäumte aber auch den Unbekannten festnehmen zu lassen. Einige Wochen später erhielt Dr. H. von dem ihn bis dahin völlig unbekannten Angeklagten Pfeiffer einen Brief, in welchem dieser ihm mitteilte, daß er bei der Staatsanwaltschaft beschäftigt sei, sich in Not befinde und deshalb um ein Darlehen bitte. Als der Anklagte in der Villa des Dr. H. erschien, erhielt er von diesem ohne weiteres ein Darlehen von 500 Mark. Da der Verdacht nahe lag, daß dieser Betrag eine erstreckte Bestechungssumme sei, für welche der Angklagte unerlaubte Auskünfte aus den Akten liefern wollte, wurde die vorliegende Anklage erhoben. Vor Gericht erklärte Dr. H als Zeuge, daß ihm dieser Gedanke völlig ferngelegen habe, er gebe auch sonst viel Geld für wohltätige Zwecke und habe dem Angeklagten, der ihn leid getan habe, nur helfen wollen. Das Gericht hielt einen Beweis für nicht geführt und erkannte auf Freisprechung. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe beantragt.

Ein „Goldaufkäufer", der viele Berliner um bedeutende Summen geprellt hat, wurde von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Der Kaufmann Ewald Tilgner, der bei seinen Eltern in der Granseer Straße polizeilich angemeldet war, sich aber ohne feste Wohnung in Berlin aufhielt, spiegelte besonders Handelsleuten vor, daß er Gelegenheit habe, Goldgeld günstig zu kaufen. Leider, so klagte er dabei, fehle ihm das erforderliche Kapital. Er sei aber gern bereit, dem, der es ihm vorstrecke, mit der Hälfte des Gewinnes an dem Geschäft zu beteiligen. Weil nach der Darstellung Tilgners immer ein beträchtlicher Gewinn in Aussicht stand, so ließen sich durch seinen Wortschwall viele Leute bewegen, ihm ins Garn zu gehen. Tilgner führte dann jeden Bewerber nach dem Hause Brückenstr. 13. Hier sollte ein Bankbeamter wohnen, der das Goldgeld zu verkaufen habe. Erst auf der Treppe ließ sich Tilgner von den Bewerbern, die nun ganz sicher geworden waren, das Geld geben, um dann, wie er sagte, allein den Bankbeamten aufzusuchen und das Gold zu holen. Statt dessen aber ging er heimlich nach dem Boden hinauf und verschwand von dort durch eine Verbindungstür nach dem Grundstück Rungestraße 10. Wenn den Bewerbern Verdacht aufstieg, hatte der „Goldaufkäufer" jedesmal aus diesem Hause heraus längst das Weite gesucht. Nach den bisherigen Feststellungen hat Tilgner über 20 Opfer in seine Falle gelockt. Es sind aber wahrscheinlich noch viel mehr und weitere Betrogene werden ersucht, sich bei der Dienststelle B II, 1 der Kriminalpolizei im Zimmer 107a des Berliner Polizeipräsidiums zu melden.

---

daran gehindert, eine Schlägerei entsteht und schließlich stürzen beide in den reißenden Strom hinab. —

Warum man es ablehnen muß? Weil symbolische Zusammenhänge zwischen einen Strom, dem kein Damm gebaut wird, und der menschlichen Seele, wo die Ströme, die ebenfalls keinen Abfluß haben, sich in Verbrechen entladen, gleichwie ein Strom die Gegend überschwemmt — weil solche Symbole auf Worte gestellt sind! Und weil, wo die Sprache fehlt, solche Zusammenhänge eben nicht bestehen, und ein Film, der sie trotzdem als Hauptmotiv beibehält, unverständlich und lächerlich werden muß.

Dosio Koffler

Jeßner als Filmdirektor. Der Intendant des Staatstheaters hat eine eigne Filmfirma, die dem Oswald-Konzern angegliederte Jeßner-Film-GmbH., gegründet. Er wird mit der Verfilmung Wedekinds beginnen. Als erste Werke sind „Hulu" und „Marquis von Keith" in Aussicht genommen. Mit seinem Theater will sich Jeßner also auch noch fernerhin nur so nebenbei beschäftigen.

Proletarische Feierstunden

Im Großen Schauspielhaus.

Zwei Werke, die, über rein künstlerisches Besitzergreifen hinausgehend, Sinne und Herzen in den Bann von Schicksalen zwingen, standen im Mittelpunkt dieser proletarischen Feierstunden. Schuberts vollendetstes Werk, die H-moll-Symphonie, die wir, beschränkt auf Zeitlich-Technisches, als Unvollendete anführen, sang ihr übersinnlich schönes, Lied vom Schicksal des Menschen und des Menschlichen und von der starken, mutigen Ueberwindung dieses Schicksals. Die Wortsymphonie des Arbeiterdichters Pätzold, die das Weltgewissen anklagende, die Liebe und Hilfsbereitschaft einer ganzen Welt aufpeitschende Dichtung „Rußland", führte aus dem Bereiche des Einzelmenschlichen weg zum Schicksal eines ganzen Volkes, „das auf den Knien liegt." Erschütterung und Entsetzen gingen durch das Haus und es waren die Starken, die ganz Erkennenden, die weinten.

Der proletarische Sprechchor wirkte nicht mehr als Kunstvermittler, sondern als Kunstwerk selbst, als die proletarische Kunst, die wir ersehnten und deren Möglichkeit wir doch bestreiten mußten, weil es nur eine Kunst mit Darstellung und Inhalt des Menschlichen gibt. Beides war hier in der letzten Auswirkung eine Vollendung, und weil es gegeben war, darum wurde die innerstmenschliche Wirkung des Proletarischen, des Gesellschaft und Freiheit verlangenden und erkämpfenden Seelischen — also Kunst im echtesten und erhabensten Sinne erreicht. Und darum konnte dieses Werben für ein Brudervolk mehr in den Seelen und Willen erzielen als vielhundertfaches aus Feierstunden in den Alltag verpflanztes Verständniswecken und Gewissensaufrütteln.

Das Erleben dieser Feierstunden könnte durch ehrlich gemeinte Anerkennung von Einzelleistungen nur abgeschwächt werden. Unrecht und Undank bedeutet es aber, höbe man nicht hervor, daß Florath, die Seele des Proletarischen Sprechchors, mit diesem Tage die letzte Höhe seines Gestaltens in Seelen, den reichsten Preis eines überaus mühevollen unermüdlichen Arbeitens errang. Unrecht wäre es, Thiessen nicht den Dank auszusprechen, oder zu verschweigen, wie hinreißend die musikalische Wiederholung des Dehmelschen Ernteliedes in der Friedschen Vertonung durch Dr. Jokls kraftvolles Feuer wurde, das ebenso auf das Orchester wie auf den Fichte-Georgina-Sängerchor übersprang und eine so berauschende und begeisterte Gesamtleistung zuwege brachte, daß auf allen Seiten des Hauses Beifall losbrach, ungehemmt von gutgemeintem Zischen gehorsamster Ordnungsseelen.

Die Feierstunden vom 9. April waren der Höhepunkt aller bisherigen Veranstaltungen. Sie gehören zum Stärksten, was das Große Schauspielhaus in seinem gesamten Kunstbereich sah.

Allen, die diesmal ein Erlebnis in sich aufnehmen durften, werden diese proletarischen Feierstunden — beides im wahrsten Sinne — unvergessen bleiben, in ihrer künstlerischen Größe und Macht sowohl wie in den Worten, die Gen. Crispien der Arbeit und den Arbeitern widmete.

Dr. Franz Rothenfelder.

Tagesnotizen

Jakob von Uexküll wird Mittwoch, 7 Uhr, im Rahmen der Veranstaltungen der Goethe-Gesellschaft über die „Stellung der Naturwissenschaft zu Goethes Gott-Natur" im Auditorium des Universitätsgebäudes sprechen.

In der Volksbühne (Theater am Bülowplatz) ist Raimunds „Verschwender", der bereits im vorigen Jahre nach der erfolgreichen Aufführung des „Bauer als Millionär" angekündigt wurde, in Vorbereitung. Regie: Jürgen Fehling. — „Anna Boleyn", von Emil Bernhard, wurde vom Neuen Volkstheater angenommen und wird noch im Mai gespielt.

Ausstellungen. Christian Rohlfs veranstaltet in der Galerie Ferdinand Möller eine Ausstellung seiner neuen Werke. Es werden Gemälde, Aquarelle, Handzeichnungen und Holzschnitte gezeigt. — Das Graphische Kabinett J. B. Neumann (Kurfürstendamm 232), bringt in der Frühjahrsausstellung Gemälde, Aquarelle und Graphik von: Holtzer, Beckmann, Kokoschka, Meidner, Campendonk, Heckel, Feininger, Kirchbaumer, Wechtein.

Raubüberfälle in Eisenbahnwagen.

Ein schwerer Anschlag, der auf einen Berliner Kaufmann auf der Fahrt von Berlin nach Hamburg geplant war, wurde durch die hiesige Kriminalpolizei rechtzeitig vereitelt. Auf dem Transport vom Görlitzer Bahnhof nach dem Westen wurden Schmucksachen und andere Wertobjekte von zusammen einer halben Million gestohlen, indem die Diebe einen Koffer eines von der Reise zurückkehrenden Mannes stahlen. Auf die Wiederbeschaffung wurde durch Säulenanschlag eine höhere Belohnung ausgeschrieben. Meldungen waren an einen hiesigen Juwelier zu richten. Bei diesem erschien nun ein junger Mann, der die Sachen herbeischaffen wollte. Er gab an, am Lehrter Bahnhof ein ihm bekanntes Hochstaplerpärchen gesehen zu haben, das auf die an einer dortigen Säule angeschlagene Bekanntmachung deutend sagte: „Sieh, da steht es schon an den Säulen.“ Er wollte weiter ihr Gespräch belauscht und gehört haben, daß sie mit dem nächsten Zuge nach Hamburg fahren wollten. Der Bestohlene ging auf den Vorschlag des jungen Mannes, mit ihm nach Hamburg zu reisen ein, setzte sich aber vorsichtshalber mit der Kriminalpolizei in Verbindung. Diese hielt es aber für angebracht, den jungen Mann, als er mit dem Geschädigten im Abteil saß, festzunehmen. Sie hatte ihn als einen schon wiederholt vorbestraften aus Hamburg gebürtigen Schlächtergesellen Karl Erichsen festgestellt. Bei der Durchsuchung seiner Kleidungsstücke fand man eine schwarze Maske und allerhand Einbrecherwerkzeuge. — Aufgeklärt wurde ein schwerer Raubüberfall, der, wie berichtet, im Amsterdamer D-Zuge verübt wurde. Dort wurde ein holländischer Reisender zwischen Minden und Haste, als er sich in dem verdunkelten Abteil zum Schlafen niedergelegt hatte, von einem Räuber überfallen und durch einen wuchtigen Schlag auf den Kopf und zwei Stiche in die Brust schwer verletzt. Dem Ueberfallenen gelang es jedoch, die Notbremse zu ziehen, und so sah sich der Räuber gezwungen, von seinem Opfer abzulassen. Leider gelang es ihm auch zunächst, zu entkommen. Jetzt ist er ermittelt und festgenommen worden. Es ist ein zu Halberstadt geborener früherer Maschinenheizer Adolf Meier, der schon wiederholt die hiesige Kriminalpolizei beschäftigte.

Ihr erstes Todesopfer hat die Bluttat gefordert, über die wir aus Lichterfelde berichteten. Die Frau Pauline Millner aus der Albrechtstr. 16, die von ihrem Sohne Roman, einem arbeitsscheuen Burschen, dem sie Geld verweigerte, in bestialischer Rohheit sechs scharfe Beilhiebe auf den Kopf erhielt, ist heute morgen im Lichterfelder Krankenhause gestorben. Die Tochter Wanda, die, nachdem sie durch fünf Beilhiebe schon lebensgefährlich verletzt worden war, durch einen Sturz aus dem Fenster im dritten Stock noch schwere Knochenbrüche erlitt, ringt im Krankenhause noch mit dem Tode. Der unmenschliche Täter ist noch nicht ergriffen.

Gewerkschaftliches

Für die kämpfenden süddeutschen Metallarbeiter

Berliner Metallarbeiter für Industrieverbände.

Die vor einer Woche vertagte Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter wurde am Montag weitergeführt. Zuerst wurde ein Antrag Krüger gegen die Stimmen des klassenbewußten Fraktionsvorstandes der KPD. angenommen, der im Interesse der Unterstützung der kämpfenden und ausgesperrten Metallarbeiter Süddeutschlands die Herausgabe und den Vertrieb **von Extramarken zu je 5,— und 10,— Mk. vorsieht, trotzdem** der Hauptvorstand der Metallarbeiter bereits die Erhebung doppelter Beiträge beschlossen hat. Zu demselben Punkt wurde eine Resolution Janke angenommen, die den gegen die Machtgelüste der Unternehmer kämpfenden vollste Sympathie ausspricht und die Sammlung für die Streikenden und Ausgesperrten seitens der Ortsverwaltung fordert, da

dieser Kampf nur ein Vorspiel

dessen ist, was auch den Berliner Kollegen bevorsteht. Weiter heißt es:

„Leider muß die Generalversammlung die Feststellung machen, daß **unser Verbandsorgan in diesem Kampfe vollständig versagt,** daß in ihren Spalten der letzten Nummer dem Kampf keinerlei Erwähnung getan wird. Die Mitgliedschaft hat zu verlangen, daß ihr Verbandsorgan Bannerträgerin ist im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen.“

Die Kommunisten wollten eine Resolution angenommen sehen, die von den süddeutschen Arbeitern den Eintritt in den Sympathiestreik für die süddeutschen Metallarbeiter forderte. Dieser Antrag verfiel der Ablehnung durch die große Mehrheit der Delegierten. Ein anderer Antrag der Kommunisten verlangte von der Gewerkschaftskommission, daß sie sich mit der KPD. wegen einer gemeinsamen Maifeier in Verbindung setzen solle. Büchel verlangte über diesen Antrag, unter Hinweis darauf, daß es der KPD. unbenommen sei, sich genau wie USP. und SPD. mit der Gewerkschaftskommission ins Einvernehmen zu setzen, Uebergang zur Tagesordnung. Die Versammlung beschloß demgemäß, zu großem Leidwesen der Kommunisten, die nunmehr eine endlose Geschäftsordnung entfachten — ohne jeden Sinn, Zweck und Erfolg.

Die Versammlung trat alsdann in die Beratung der vorliegenden Anträge zum 11. Gewerkschaftskongreß ein. Genosse Ziska begründete eingehend einen Antrag Ziska-Janke, der sich für die

Schaffung leistungsfähiger, großer Industrieverbände

einsetzt. Der Antrag erfuhr nach kurzer Aussprache einstimmige Annahme:

(Wir bringen den Antrag in der nächsten Nummer zum Abdruck.)

Beschlossen wurden dann zwei Anträge Janke, die die Zusammensetzung des Vorstandes des A. D. G. B. nach dem Verhältnis der Mitgliederzahlen der angeschlossenen Verbände und die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongreß durch Urwahlen fordert. Nach weiterer Aussprache wurde noch einigen Anträgen zugestimmt, aus deren Reihe zu erwähnen wären ein Antrag, der sich gegen die

„Technische Nothilfe“

wendet und ein Antrag des Genossen Urich, der von dem A. D. G. B. die Vorbereitungen zur Durchsetzung der zehn Punkte fordert. Ein Zusatzantrag zu diesem Antrage verlangt von dem A. D. G. B. den **Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft.** Von ganz besonderem Interesse ist, daß der Fraktionsvorsitzende der Rechtssozialisten, Büchel, sich scharf gegen die Zentralarbeitsgemeinschaft wandte und ihre Bankerotterklärung feststellte.

Der neue Gewerkschaftsbund Jugoslaviens

Aus Belgrad wird dem Amsterdamer Gewerkschaftsbund berichtet, daß am 7. und 8. Januar eine Konferenz zur Vereinigung der Gewerkschaften stattfand, die von 65 Delegierten besucht war, die über 50 000 Mitglieder vertraten. Als Gewerkschaftliche Landeszentralen sind zu betrachten: Allgemeiner Arbeiterbund, Agram; Zentralverband der Arbeitergewerkschaften, Belgrad; Gewerkschaftskommission für Slovenien, Laibach. Es sind dies die drei Formationen, die die Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung anerkannt haben und die Moskauer kommunistische Orientierung ablehnten. **Die Konferenz hatte einen vollen Erfolg und erbrachte folgenden einstimmigen Beschluß:**

„Die am 7. und 8. Januar 1922 in Belgrad auf der gewerkschaftlichen Landeskonferenz vertretenen Organisationen sind einig in dem Entschluß, der Zerklüftung und Zersplitterung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ein Ende zu machen. Zu diesem Zweck wollen sie sich im Gewerkschaftsbunde Jugoslaviens vereinigen.“

Nachdem ein gemeinsamer Kampfboden geschaffen wurde, schlossen sich sofort alle bedeutenden Gewerkschaften an.

In der weiteren Folge wurde das Statut des Gewerkschaftsbundes durchberaten und angenommen und die Wahl des Vorstandes vorgenommen. 1. Vorsitzender wurde Vilim Burkseg, Agram.

Der Name der neuen gewerkschaftlichen Landeszentrale lautet: Glavni Radnicki Savez Jugoslavije, Gewerkschaftsbund Jugoslaviens.

Zum Schiedsspruch im Bankgewerbe

In der Montag-Abendnummer veröffentlichten wir bereits den gefällten Schiedsspruch und teilten in einem redaktionellen Kommentar mit, daß die Verschlechterungen, die der Schiedsspruch enthält, die Zustimmung des gelben Deutschen Bankbeamtenvereins fand. Wie uns der freigewerkschaftliche Verband der Deutschen Bankangestellten mitteilt, tagte am Sonntag der Zentralvorstand und der Reichsbeirat und nahm Stellung zum Schiedsspruch. Beide Körperschaften hießen die ablehnende Haltung der im Schiedsgerichte vertretenen Beisitzer des Verbandes gut und machten sich ihren ablehnenden Standpunkt zur Frage des Schiedsspruches voll und ganz zu eigen. Diese Haltung wird bestimmt durch die Verschlechterungen, die der Manteltarif enthält. In der Ueberstundenfrage ist die Freiwilligkeit aufgehoben und die vom Demobilmachungskommissar genehmigten Ueberstunden sollen als Pflichtleistungen gelten, die die Bankangestellten gezwungenermaßen zu leisten hätten. Der Schiedsspruch enthält auch die Bestimmung, daß in Zukunft die Sperre verboten sein soll. Finanziell enthält der Schiedsspruch für die Bankangestellten wesentliche Verschlechterungen. So sollen die Abzüge für die jugendlichen Angestellten von 300 bis auf 10 000 Mark erhöht werden. Verurteilung fand auch die veraltete und überlebte Gruppeneinteilung und die Einbehaltung von großen Gehaltsteilen. Dieser Schiedsspruch enthält also außer Verschlechterungen idealer Natur auch finanzielle. Die Verbesserungen sind kaum der Rede wert und erreichen nicht das Existenzminimum.

Würde der Schiedsspruch angenommen, erhielten die Angestellten in den unteren Berufsjahren eine geringere Geldsumme als sie im Monat März besessen haben, müßten aber damit im Monat Mai ihren Lebensunterhalt bestreiten.

Weil Zentralvorstand und Reichsbeirat des Allgemeinen Verbandes das nicht verantworten können, empfehlen sie den im Allgemeinen Verbande organisierten Angestellten und Arbeitern, für die Ablehnung des Schiedsspruches zu stimmen und in den Betrieben die lebhafteste **Agitation und Propaganda gegen diesen Schiedsspruch und für die Erhaltung besserer und menschenwürdigerer Arbeits- und Entlohnungsbedingung zu entfalten.**

Wiedergutmachung und die Lage der Angestellten.

Mit diesem Thema beschäftigte sich eine am Montag stattgefundene Funktionärversammlung des Z. d. A., auf welcher diese Frage in ihrer ganzen Breite und Tiefe aufgerollt wurde. Die Teuerung und die Umstellung der bolschewistischen Wirtschaftsordnung in Rußland sowie die Notlage der Angestellten **wurde nach allen Seiten hin** erörtert. Ohne Diskussion fand zum Schluß eine Resolution Annahme, die sich gegen die Angliederung der Gewerbegerichte an die ordentlichen Gerichte ausspricht. Den streikenden Angestellten in der Zigarettenindustrie wurde die vollste Sympathie ausgesprochen und die übrigen Gewerkschaften aufgefordert, sich an die herausgegebenen Bekanntmachungen zu halten.

Kampf in den Konditoreien?

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren teilt mit: Die Konditoreibesitzer verlangen kraft ihrer hohen Preise Lohnabbau. Selbst die geringen Zugeständnisse, welche ihre Vertreter bei den Lohnverhandlungen machten, wurden von der Innung abgelehnt. Sie wollen einem Küchenmädchen in Zukunft 42 Mark, einer Verkäuferin 60 Mark pro Woche weniger zahlen. Ein Küchenmädchen würde demnach einen Barlohn von 10 Mark pro Tag erhalten. Die Funktionärversammlung hat beschlossen, diese freche Provokation mit allen Mitteln abzuwehren und empfiehlt der am Mittwoch, dem 12. d. M., abends 7 Uhr in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31 stattfindenden Versammlung den Streik zu beschließen.

Abschluß des neuen Lohntarifs für das Groß-Berliner Holzgewerbe! Nachdem eine Funktionärversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Berlin, am 7. April cr. den Schiedsspruch, der im Schlichtungsausschuß Groß-Berlin zustande kam, angenommen, hat auch die Arbeitgeber-Organisation, Vereinigte Verbände der Berliner Holzindustrie, dem Ergebnis zugestimmt. Es ist nunmehr zwischen beiden Parteien das neue Lohnabkommen schriftlich niedergelegt und unterzeichnet worden. Die Mitglieder unseres Verbandes seien darauf hingewiesen, daß die Druckexemplare in unserem Büro, Rungestr. 30, unter Vorlegung des Mitgliedsbuches, erhältlich sind. — Deutscher Holzarbeiterverband.

Arbeiteraussperrungen in Ungarn. In der seit mehreren Wochen dauernden Lohnbewegung der Budapester Metallarbeiter ist eine neue Wendung eingetreten. Nachdem ein Ultimatum der Arbeitgeber, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, von den streikenden Arbeitern abgelehnt worden war, haben die Unternehmer beschlossen, in der ganzen Eisenbranche die Arbeiter auszusperren. Am Montag werden 30 000 Mann ausgesperrt werden. Es ist mit Sympathiestreik anderer Industriezweige zu rechnen.

Musikinstrumentenmacher. Die für heute, Dienstag, den 11. April, abends 7 Uhr, angesetzte Kommissionssitzung fällt aus. — Die Branchenleitung.

Parteiveranstaltungen

Dienstag, den 11. April.

Friedrichshagen, Bezirk 16, Köpenick usw. Die für heute Dienstag abend angesetzte Sitzung der kommunalen Kommissionen fällt aus.

Mittwoch, den 12. April.

Berlin-Mitte, 3. Distrikt, 2. Abteilung. Stadtbezirke 253, 256, 257. Zahlabend, Bergstraße 7, bei Schneider.

5. **Verwaltungsbezirk, 17. Distrikt, 7. Abteilung.** Zahlabend für Petersburger Straße und Platz bei Bünning, Petersburger Straße 19; für Straßmann-, Tilsiter und Zorndorfer Straße bei Busch, Tilsiter Straße 27.

15. **Verwaltungsbezirk, Abt. Oberschöneweide,** Abends 7 Uhr, Gemeinschaftlicher Zahlabend im Zeichensaal der weltlichen Schule, Rottmeierstraße. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet. Leitung.

11. **Distrikt, 3. Abteilung.** Zahlabend, 7 Uhr, bei Scheibe, Pasteurstr. 2.

11. **Distrikt, 4. Abteilung.** Gemeinschaftlicher Zahlabend bei Matschke, Marienburger Straße 31 b.

13. **Distrikt, 2. Abteilung.** 7 Uhr, gemeinsamer Zahlabend, Schulaula Sonnenburger Straße.

14. **Distrikt, 1. Abteilung.** Abends 7 Uhr. Gemeinsamer Zahlabend bei Petzelt, Jostystraße 7.

15. **Distrikt, 1. Abteilung.** Gemeinschaftlicher Zahlabend, abends 7 Uhr, Schulaula, Koppenstraße 84. Vortrag.

18. **Distrikt, Kreuzberg.** Der Zahlabend wird in folgenden Lokalen abgehalten: 1. Abteilung: Wassertorstraße 71; 2. Abteilung: Alte Jakobstraße 24; 3. Abteilung: Brandenburgstraße 22; 4. Abteilung: Charlottenstraße 8; 5. Abteilung: Hallesches Ufer 14. In dieser Abteilung sind die Freiheits-Quittungen mitzubringen. In allen Abteilungen Vortrag.

Lichtenberg-Stadt, Zweites Viertel. Gemeinsamer Zahlabend, abends 7 Uhr, bei Genosse Zeidler, Kronprinzen-, Ecke Scharnweberstraße.

Lichtenberg-Stadt, 6. Viertel. Abends 7 Uhr. Gemeinsamer Zahlabend im Cäcilien-Lyzeum (Handarbeitssaal), Rathausstraße. Tagesordnung: Vortrag des Gen. Thurm; Neuwahl der Viertelsleitung.

Tempelhof. 7.30 Uhr, gemeinsamer Zahlabend in der Werderschule. Aeußerst wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Treptow. Abends 7.30 Uhr, findet der Zahlabend für die Bezirke 5, 6, 7 und 8 bei Mundt, Ecke Kiefholz- und Bouchéstraße, und für die Bezirke 9, 10, 11 und 12 bei Pfeffer, Graetzstraße 11, statt.

Lichterfelde. Gemeinsamer Zahlabend, 7.30 Uhr, bei Fleischer, Bäkestr. 7. U. a. Stellungnahme zur Maifeier.

Spandau. 7.30 Uhr. Versammlungen. Abteilung Alt-Stadt Restaurant Mielke, Fischerstraße; Abteilung Wilhelmstadt bei Wind, Pichelsdorfer Straße 5. Vortrag des Gen. Dr. Pfirrmann über neue Angriffe auf das Koalitionsrecht.

Karlshorst. Generalversammlung, abends 7 Uhr, in der Gemeindeschule, Auguste-Viktoria-Straße, Zeichensaal. Tagesordnung: Neuwahl der Orts-

Cöpenick. Die Zahlabende finden nicht statt, dafür am 19. d. Mts. Generalversammlung im „Bayern-Hof“, Cöpenick, Köllnischer Platz.

Friedrichshagen, Bezirk 16. Abends 7.30 Uhr, Generalversammlung bei Strebel, Rahnsdorfer Str. 15. 1. Referat über Parteiangelegenheiten. 2. Vorstandswahl. Jeder Genosse muß erscheinen.

Röntgental-Zepernick. Abends 7.30 Uhr, findet im Lokal von Heinrich Pohle, Siemensstraße 9—11, die Generalversammlung statt.

Fichtenau. Zahlabend im Kurpark-Restaurant, Mittelstraße. Sehr wichtige Tagesordnung; Erscheinen aller Mitglieder Pflicht!

Donnerstag, den 13. April.

9. **Distrikt, (Wedding.)** Distriktsversammlung, abends 6.30 Uhr, in der Aula der Gemeindeschule, Lütticher Straße 47—48. Wahl des Vorstandes. Erscheinen aller Genossinnen und Genossen ist Pflicht.

Freitag, den 14. April.

Lichtenberg-Stadt. Kommunale Kommission, Untergruppe 1. Besichtigung des Säuglingsheims in Rabensteiner Mühle bei Friedrichshagen. Abfahrt pünktlich 8.30 Uhr früh vom Bahnhof Stralau-Rummelsburg, Bahnsteig E. Rege Beteiligung wird erwartet.

Vereinskalender

Vereinigung proletarischer Kinderfreunde. Der Kursus der Genossin Frieda Winkelmann zur Ausbildung von Kindergärtnerinnen in Neukölln, Gemeindeschule, Rütlistraße, wird am Donnerstag, den 20. April (statt Freitag) 6.30 Uhr, fortgesetzt.

Mittwoch, den 12. April.

Zentralverband der Angestellten. Baugewerbe, Bergbau. Mitgliederversammlung, abends 7.30 Uhr, „Tucher-Bräu“ (kleiner Saal), Friedrichstraße 180.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Branche der Geschäftskutscher, Lagerarbeiter und -arbeiterinnen aus den Rohproduktenbetrieben, Altflaschenhandlungen, Alt-Papier-, Fliesengeschäften, Luxus- und Beerdigungsfuhrwesen, Fouragehandlungen, Kutscher, Mitfahrer und Arbeiter aus den Kunsteisfabriken, Kartonagenkutscher und Dungkutscher, sowie Grubenmacher aus der Jüdischen Gemeinde. Abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24—25, Saal 5. Betriebsräte- und Vertrauensmänner-Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Schwer über „Betriebsräte und Gewerkschaft“. **Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen der Lederwirtschaft.** Abends 6 Uhr, „Englischer Hof“, Alexanderstraße 27 b. Branchenversammlung. **Branche Za** (Eisen, Röhren, Werkzeughandel), abends 6 Uhr, Sophiensäle, Sophienstraße 17—18. Vollversammlung. Der neue Schiedsspruch.

Donnerstag, den 13. April.

Deutscher Werkmeister-Verband, Fachgruppe 30, Automobil-, Karosserie- und Wagenbau. Versammlung, abends 7 Uhr, Musiker-Säle, Kaiser-Wilhelm-Straße.

Sonnabend, den 15. April.

T. V. F. Gesundbrunnen. Osterfahrt 16. und 17. April nach Buckow (Märk. Schweiz). Abfahrt Sonnabend abend 8.30 Uhr Gesundbrunnen. Anmeldungen bis Mittwoch, den 12. April, bei Genossen Bernhard Klingen, Berlin, Koloniestraße 49.

Jugendbewegung

Sozialistische Proletarier-Jugend Berlin.

Die Bezirkskonferenz findet am Freitag, den 14. April, nicht statt! Alle Gruppen beteiligen sich am Freitag, 7½ Uhr, an der Begrüßungsfeier im Gewerkschaftshaus. Fahnen und Banner sind zur Ausschmückung Freitag vormittag dort abzugeben. Quartierlisten sind unverzüglich abzuliefern! Delegiertenkosten am Donnerstag im Sekretariat abrechnen und Delegiertenkarten abholen.

Sozialistische Proletarier-Jugend, Neukölln-Britz. Die Karten zur Schulentlassungsfeier müssen bestimmt bis zum Mittwoch, den 12. d. Mts., im Jugendheim Britz abgerechnet werden. Daselbst, abends 7 Uhr, Einführungsabend für die Schulentlassenen. Auch die Eltern und Parteigenossen sind eingeladen.

SPJ. Agitationsbezirk Westen. Funktionärsitzung in der Baugewerkschule, Kurfürstenstraße 141. Karfreitag: Teilnahme an der Begrüßungsfeier. Sonnabend: Tour nach der Märkischen Schweiz.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Hensel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kometiner, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer

Achtung! Druckereikassierer!

Wie bereits in den Versammlungen mitgeteilt, wird nach Beschluß des Verbandsvorstandes von allen vollarbeitenden Kollegen mit dem dritten Wochenbeitrag ein Extrabeitrag von 5 M. für die ausgesperrte dänische Arbeiterschaft erhoben. Die Leistung hat am Zahltag dieser Woche zu erfolgen.

Der Gauvorstand.

Für Mieter unentbehrlich

ist das in unserem Verlage soeben erschienene

Reichsmietengesetz

nebst

Kommentar

Von

Rechtsanwalt Dr. Kurt Boenheim

und

Dr. Paul Hertz

Mitglied des Reichstages

Preis 10.— Mark

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C. 2

Breite Straße 8-9.